bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

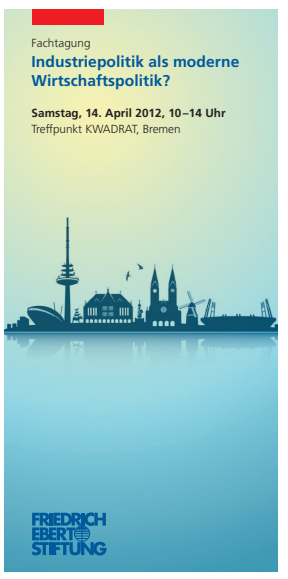
FOTO: FOCKE STRANGMANN

INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG ALS WACHSTUMS- UND BESCHÄFTIGUNGSMOTOR

Mit dem Platzen der Internet-Blase um die Jahrtausendwende setzte weltweit eine Neubewertung der Rolle der Industrie ein. Bis zu diesem Zeitpunkt galt die Industrie vielen als langsam aussterbende „Old Economy“, die Zukunft sollte der „Dienstleistungsgesellschaft“ oder der „Wissensgesellschaft“ gehören. Von dieser Sichtweise ist nicht mehr viel übrig geblieben. Insbesondere die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Umdenken beschleunigt und deutlich gemacht hat, dass Wohlstand für alle Menschen nicht auf immer neue „Finanzprodukte“ gegründet werden kann, sondern ganz wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, die industriellen Kerne zu sichern und weiterzuentwickeln.

Für Bremen und Bremerhaven ist dieser Paradigmenwechsel von großer Bedeutung. 20 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten hier im industriellen Bereich. In Bremen, der von der Bevölkerungszahl zehntgrößten Stadt Deutschlands, hat sich der sechstgrößte Industriestandort entwickelt. Zusammen mit dem 19-prozentigen Anteil an der gesamtbremischen Bruttowertschöpfung unterstreichen diese Befunde die hohe Bedeutung der Industrie im Land Bremen für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung. Der Masterplan Industrie des Senators für Wirtschaft und Häfen hebt die im Bundesvergleich deutlich höhere Investitionsentwicklung in Bremen hervor und stellt ein „hohes Vertrauen in den Standort und eine ausgeprägte Zukunftsorientierung“ fest.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dieses Thema aufgegriffen und lädt am 11. April 2012 zur Tagung „Industriepolitik als moderne Wirtschaftspolitik?“ nach Bremen ein. Nach einer thematischen Einführung durch den SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte referieren Dieter Schweer, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Meinhard Geiken, Bezirksleiter Küste der IG Metall, über die Anforderungen an eine innovative Wirtschaftpolitik aus Sicht der Unternehmen und über die Anforderungen an eine moderne Industriepolitik aus Sicht der Gewerkschaften. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutieren Volker Stahmann (IG Metall Bremen), Cornelius Neumann-Redlin (Unternehmensverbände im Land Bremen), Dr. Heiner Heseler (Staatsrat beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen) und Dr. Carsten Sieling (Mitglied des Deutschen Bundestages). ■



14. April 2012, 10 bis 14 Uhr
Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen

Anmeldung:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon: 040/32 58 74-0
hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de

EIN STARKES VOTUM FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Von Karl Bronke

Im vollen Saal des Konsul-Hackfeld-Hauses waren sich Referenten und Auditorium einig: es gibt keinen gesellschaftlichen Fortschritt ohne sozialen Zusammenhalt. Andreas Bovenschulte brachte es auf den Punkt: „Es gibt viele wichtige Themen – aber der Kern sozialdemokratischer Politik ist und bleibt der soziale Zusammenhalt!“

Außerdem – so Bovenschulte weiter – hätten Studien gezeigt, dass Einkommensungleichheit zu weniger gesellschaftlicher Dynamik, weniger sozialer Mobilität und weniger Teilhabe führe. Damit wurde der rote Faden der Tagung der SPD-Landesorganisation zu „Perspektiven der sozialen Stadtpolitik“ deutlich, den Rolf Prigge als Initiator der Veranstaltung aufgriff. Er definierte als Aufgabe der SPD, die Interessen der breiten Mehrheit der Gesellschaft zu artikulieren, zusammenzufassen und in praktische Politik umzusetzen. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft, die besonders in den Städten zu erkennen sei und sich auch in unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Stadtteilen ausdrücke, müsse durch koordinierte Maßnahmen überwunden werden. In Bremen könne man dabei auf Erfolge aufbauen.

Daran knüpfte Ingo Schierenbeck, Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer, unmittelbar an: „Bremen ist auf einem guten Weg – aber nur, wenn ihn alle mitgehen können!“ Er wies darauf hin, dass die gute Wirtschaftsentwicklung nicht bei allen ankomme und kritisierte vor allem die Ausdehnung des Niedriglohnsektors. Seine Schlussfolgerung „Steigende Beschäftigung ist kein Wert an sich – man muss auch von seiner Arbeit leben können“ fand großen Beifall im Auditorium, das nicht nur aus SPD-Mitgliedern, sondern auch aus zahlreichen Interessierten bestand.

Neu und spannend waren Schierenbecks Zahlen zur Einkommensentwicklung in Bremen. Während die Zahl der Sozialleistungsempfänger steigt, nimmt gleichzeitig die Zahl der Großverdiener zu: von 2004 bis 2007 stieg die Zahl der Personen mit einem Einkommen über 250.000 € um 88 %, die Zahl der Millionäre sogar um 137 %. Allerdings zeigte sein Vergleich der Ortsteile Ohlenhof und Horn, dass zwar das Durchschnitteinkommen der Steuerzahler stark differiert (17.432 € im Ohlenhof, 108.145 € in Horn), aber der Umfang der Mittelschicht in beiden Ortsteilen etwa gleich ist. Seine Schlussfolgerungen: es gibt eine gute Basis für sozialen Zusammenhalt – und Maßnahmen für benachteiligte Stadtteile dienen auch gleichzeitig der breiten Mehrheit. Seine Forderungen für die Bundesebene entsprachen deutlich der Beschlusslage des SPD-Landesverbands: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höherer Steuerspitzensatz, Finanztransaktionssteuer. Auf Landesebene plädierte er für die Sicherung von Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, Ganztagsangebote in KTH und Schule und ein Mehr an preisgünstigem Wohnraum, der sich besser über die Stadt verteilen solle.

FOTO: SPD BREMEN

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen auf Einladung der Bremer SPD ins Konsul-Hackfeld-Haus und diskutierten unter anderem mit Bürgermeister Jens Böhrnsen (links im Bild) über die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Moderiert wurde die Diskussion von der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski.

„Gut, dass es die Arbeitnehmerklammer gibt!“ rief Bürgermeister Jens Böhrnsen unter Applaus in den Saal. Dann griff er den Schwerpunkt der Tagung auf und formulierte: „Stadtteilgerechtigkeit heißt für die SPD: dort am meisten tun, wo die Herausforderungen besonders groß sind – konkret: mehr Personal in Schulen und KTH, mehr Standorte für Ganztagsschulen.“ Und in seiner Funktion als Kultursenator kündigte er eine Untersuchung zu der Frage an, aus welchen Stadtteilen die Besucher der geförderten Kultureinrichtungen kommen, um auch hier eine Neuausrichtung einzuleiten.

Renate Jürgens-Pieper beeindruckte durch einen faktenreichen Vortrag über die stadtteilbezogene Bildungspolitik und griff auch hier den roten Faden auf: „Wir müssen Ungleiches auch ungleich behandeln – auch wenn das manchmal schwer zu vermitteln ist“. Ihr Credo sei es, die Schule zum sozialen Mittelpunkt des Quartiers zu machen. – Jürgen Pohlmann schließlich belegte, dass man auch mit Mitteln der Städtebauförderung den sozialen Zusammenhalt fördern kann – hier sei es nötig, bei der nächsten Bundestagswahl Mittelkürzungen zurück zu nehmen. Und er sprach sich – wie bereits Ingo Schierenbeck und Jens Böhrnsen – für sozial gemischten und bezahlbaren Wohnraum aus. Der Markt sorge nur für teuren Wohnraum – „bezahlbaren Wohnraum muss es aber auch in der Überseestadt und im Neuen Hulsberg geben“, so der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Das sei – wie z.B. in München und Stuttgart – über städtebauliche Verträge und Bauleitplanung möglich. In klarer Sprache formulierte er. „Wir erwarten auch von unserem grünen Koalitionspartner, dass er das Ziel der sozialintegrativen Politik unterstützt – und auch praktisch umsetzt.“

Die inhaltsreiche und spannende Tagung machte deutlich, dass die soziale Stadtteilpolitik Kernthema und Kernkompetenz der Bremer SPD ist – und wurde so zu einem starken Signal für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen. ■

DER AUTOR:

Dr. Karl Bronke (59), Jurist und Sozialwissenschaftler, ist seit mehr als 30 Jahren wissenschaftlich, beruflich und politisch im Feld der Sozialpolitik tätig. Er ist als Senatsdirektor Abteilungsleiter in der Bremer Sozialbehörde und ehrenamtlich Kurator einer Stadtteilstiftung.

Wahlrecht für Ausländer endlich erweitern

Parlament beschließt Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion / Bremen Vorreiter in Deutschland

Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit haben in vielen europäischen Ländern bereits ein kommunales bzw. regionales Wahlrecht. In Schweden, Dänemark, den Niederlanden, in Finnland, Schottland oder Polen besitzen sie teilweise seit mehreren Jahrzehnten das aktive und passive Wahlrecht. In anderen Ländern haben Ausländer zumindest ein kommunales Wahlrecht.

In Deutschland hat sich seit Ende der achtziger Jahre in Sachen Ausweitung des Wahlrechts nicht mehr viel getan. Damals hatte das SPD-regierte Schleswig-Holstein versucht, das Ausländerwahlrecht zu ändern. Gegen das Gesetzesvorhaben hat das Land Bayern geklagt – und vor dem Bundesverfassungsgericht gewonnen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1990, das besagt, dass das Wahlrecht unmittelbar an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt werden muss, ist aber schon 1992 teilweise überholt gewesen. So können sogenannte „Drittstaatler“ schon lange in vielfältiger Weise wählen, ohne dass auf ihre Staatsangehörigkeit abgestellt wird: Bei Betriebsratswahlen, bei Wahlen der Arbeitnehmer-, der Handels- und der Handwerkskammer oder in Vereinen, Parteien, bei den Gewerkschaften. Das gesellschaftsrechtliche Wahlrecht für Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften setzt nicht einmal einen Wohnsitz im Inland voraus. „Nur bei Kommunal, Landes- und Bundestagswahlen unterscheiden wir kunstvoll zwischen deutschen Staatsangehörigen, EU-Bürgern und Drittstaatlern“, so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe. Es ist kaum erklärbar, warum ein hier lebender Slowene an Beiratswahlen teilnehmen darf, das Wahlrecht für einen Kroaten allerdings davon abhängig sein soll, wann Kroatien in die EU aufgenommen wird, wohingegen ein Serbe wohl erst in mehreren Jahren wahlberechtigt sein wird, obwohl alle drei vor 40 Jahren mit dem gleichen Zug aus Belgrad kamen. „Wahlen sind das Herzstück politischer Teilhaberechte. Wer die Menschen zu mehr Mitgestaltung ermutigen möchte, muss das geltende Wahlrecht erneut auf den Prüfstand stellen", so Tschöpe.

Eine Grundgesetzänderung, die ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatler erlauben würde, ist bislang immer an der CDU gescheitert. Deshalb hat nun die Bürgerschaft auf Antrag der SPD den Weg gewählt, dem Staatsgerichtshof eine entsprechende Gesetzesänderung zur verfassungsrechtlichen Klärung vorzulegen. „Politische Partizipation fördert die

Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Integration. Wer politische Verantwortung übernimmt, identifiziert sich stärker mit der Gesellschaft. Die in Bremen lebenden Ausländer müssen alle staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und auch Steuern bezahlen. Mit dem geltenden Wahlrecht schließen wir derzeit zehn Prozent der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger von der Teilhabe aus. Das wollen wir ändern." Bislang haben Ausländer im Land Bremen, die nicht aus einem EU-Staat kommen, kein Wahlrecht. Sie sollen künftig zumindest an den Kommunalwahlen in Bremen und Bremerhaven teilnehmen dürfen. EU-Ausländer haben dagegen derzeit nur eben jenes kommunale Wahlrecht. Sie sollen in Zukunft auch bei Landtagswahlen über die Zusammensetzung des Parlaments mitentscheiden dürfen.

Die Bremische Bürgerschaft hat nun einen Ausschuss eingerichtet, der einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten wird. Im Anschluss soll dann der Staatsgerichtshof damit befasst werden und klären, ob die geplante Ausweitung des Wahlrechts zu den Beirätewahlen in der Stadtgemeinde Bremen auf alle Drittstaatler zulässig ist. Darüber hinaus muss auch geklärt werden, ob die Ausweitung des Wahlrechts auf Landesebene für alle EU-Ausländer möglich ist. Fest steht aber jetzt schon: Bremen ist mit dieser Initiative wieder einmal Vorreiter in Deutschland. „Natürlich wäre es uns lieber gewesen, wir hätten auf Bundesebene die politischen Mehrheiten für eine Grundgesetzänderung. Das ist aber wie gesagt in der jetzigen Konstellation mit CDU und FDP nicht zu machen. Deshalb gehen wir nun den Bremer Weg und ich bin optimistisch, dass das Gericht dem Beschluss der Bürgerschaft folgen wird“, so der Fraktionsvorsitzende. ■

„NUR GLEICHES RECHT FÜR ALLE“

Super-Genosse Olaf Thun geehrt

Von Swen Awiszus

Mitglieder werben – das ist in einer Partei wie der SPD Genossenpflicht. So gesehen ist Olaf Thun ein Super-Genosse: Der 42-jährige Hafenarbeiter ist jetzt beim Bremerhavener SPD-Parteitag geehrt worden – für sagenhafte 45 neu geworbene Mitglieder. „Vielleicht waren es auch 46“, erklärt Thun schmunzelnd. In jedem Fall so viele, dass der neue Parteichef Martin Günthner ihm persönlich herzlich dankte.

Thun gehört zur im November 2010 neu gegründeten Betriebsgruppe Häfen in der AfA. Er fand in die SPD, weil er auf der Höhe der Wirtschaftskrise, nach politischem Gehör suchte: „Die können uns nicht hängen lassen“, war seine Überzeugung. Damit rannte er bei Uwe Schmidt (46), Hafenfacharbeiter und seit kurzem Stadtverordneter, offene Türen ein: Schmidt schaltete den Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer ein und stellte den Kontakt zum damaligen Lloyd-Betriebsratsvorsitzenden und heutigen Sozialstadtrat, Klaus Rosche, her – wichtige Kontakte, die in offene Gespräche mündeten: „Die Frustration bei den Kollegen war sehr groß. Es ging um Existenzen, wir haben alle in den Abgrund gesehen“, berichtet Thun. „Bei den Treffen im SPD-Parteihaus saß Wirtschaftssenator Martin Günthner mit am Tisch, wir haben auf Augenhöhe miteinander geredet“, erinnert sich der 42-Jährige.

FOTO: SWEN AWISZUS

Bremerhavens neuer SPD-Chef, Wirtschaftssenator Martin Günther, gratuliert dem erfolgreichen Mitgliederwerber Olaf Thun.

„Weil die Kollegen gesehen haben, dass die Sozis sich kümmern, konnte ich viele zum Eintritt überzeugen. Denn man geht ja auch in einen Fußballverein, wenn man vor den Ball treten will“, sagt der Hafenarbeiter. Viele aus dem Hafen haben im Mai letzten Jahres SPD gewählt: „Nun müssen Taten folgen.“ 2011 war wirtschaftlich eines der besten Jahre in der Hafengeschichte. Nach zweieinhalb Jahren Dauerkampf müssten nun die von vielen als Zumutung empfundenen, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ein Ende haben, findet Thun: „Wir wollen ein Ende der Ungleichheit und ein bisschen Wertschätzung.“ ■

FOTO: SPD BREMEN

Der Besuch in der Bremischen Bürgerschaft stellte einen der Höhepunkte einer Veranstaltungsreihe für die über 230 neuen Mitglieder der SPD-Landesorganisation seit Anfang 2011 dar. Dabei ließ es sich Bürgerschaftspräsident Christian Weber nicht nehmen, die neuen Genossinnen und Genossen persönlich durch die Parlamentsräume zu führen. Zuvor waren die neuen Mitglieder bereits zu einem Besuch im Rathaus bei Bürgermeister Jens Böhrnsen eingeladen. Ein Gesprächsabend mit dem Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte und ein Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe rundeten die Reihe ab.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/350 18-0
Fax: 0421/350 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 3:
SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen

NEUE VORSITZENDE

Organisationswahlen fortgesetzt

Mit der Durchführung der Parteitage in den drei Unterbezirken Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven wurden die Organisationswahlen der SPD im Land Bremen im März fortgesetzt. Während Martin Günthner, der den Unterbezirk Bremerhaven bereits seit dem Herbst als kommissarischer Vorsitzender führte, nun auch offiziell vom Parteitag zum Vorsitzenden gewählt wurde und der Unterbezirk Bremen-Nord Reiner Holsten als Vorsitzenden im Amt bestätigte, kam es auf dem Parteitag des Unterbezirks Bremen-Stadt zur Kampfabstimmung zwischen dem bisherigen Amtsinhaber Angelo Caragiuli und der ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten Uta Kummer. Die Herausfordererin setzte sich dabei in der Abstimmung mit 118 zu 38 Stimmen durch und führt nun den mitgliederstärksten Unterbezirk der SPD im Land Bremen.

Zuvor hatten bereits die 48 Ortsvereine der Landesorganisation ihre Organisationswahlen durchgeführt. Dabei kam es in einigen Ortsvereinen zu Wechseln an der Spitze. Hier die neuen Ortsvereinsvorsitzenden im Überblick:

Unterbezirk Bremen-Stadt
OV Altstadt: Thomas Uhlig
OV Arbergen/Mahndorf:
Wolfgang Kietzer
OV Buntentor: Renate Möbius
OV Bremen-Mitte: Sebastian Kasprowicz
OV Kattenturm/Kattenesch:
Stefan Markus
OV Neustadt: Helga Ziegert
OV Peterswerder/Steintor:
Daniel de Olano (kommissarisch für
Uta Kummer)
OV Schwachhausen-West:
Jörg Ohlrogge

Unterbezirk Bremen-Nord
OV Farge-Rekum: Nils Christahl
OV Vegesack: Björn Wehrs

Unterbezirk Bremerhaven
OV Bremerhaven-Mitte: Michael Bühre
OV Geestemünde-Nord:
Karlheinz Michen
OV Geestemünde-Süd/Grünhöfe:
Herta Schneider
OV Leherheide (nach Fusion
OV Leherheide-Ost und
OV Leherheide-Speckenbüttel):
Holger Welt